

Landesvorsitzender Thomas Jungfer zu Gast im Sasel-Haus *Ist eine Herabsetzung der Strafmündigkeit angebracht?*

Von Frank Riebow, Landesredakteur



Auf Einladung von Dr. Manfred Murck, Soziologe und ehemaliger Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, nahm Landesvorsitzender Thomas Jungfer am 9. Saseler Sicherheitsgespräch teil. Er referierte und diskutierte zum wichtigen Thema Strafmündigkeit von Kindern und der Frage, ob die in Deutschland rechtlich festgeschriebene Altersgrenze von 14 Jahren noch angemessen und richtig

sei. Ist es sinnvoll, dass Kinder unter 14 Jahren weiterhin nicht von den Normen des Strafrechts erfasst werden, oder ist es notwendig und vertretbar, bereits Zwölfjährige strafrechtlich zu verfolgen? Welche Veränderungen im Bereich der Kriminalität und auch sonstiger gesellschaftlicher Entwicklungen sprechen für oder gegen die Strafmündigkeitsgrenze? Neben Thomas Jungfer referierten und stellten sich der Diskussion Monika Schorn, ehemalige Amtsrichterin und jetzige Landesvorsitzende der Opferschutzorganisation Weißer Ring, sowie der Vorsitzende der Regionalgruppe Nord der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V., Thorsten Müller. Die Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze ist ein kontrovers diskutiertes Thema in Deutschland, das



Landesvorsitzender Thomas Jungfer, Monika Schorn und Dr. Manfred Murck diskutierten zur Strafmündigkeit von Kindern.

© Frank Riebow (2)

sowohl rechtliche, gesellschaftliche als auch ethische Dimensionen berührt. Landesvorsitzender Thomas Jungfer plädierte für eine Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters und führte unter anderem aus: „Die Frage, ab wann ein Mensch für seine Taten zur Verantwortung gezogen werden sollte, ist komplex, aber entscheidend für eine gerechte Gesellschaft. Ein niedrigeres Strafmündigkeitsalter kann auch eine präventive Wirkung haben. Wenn junge Menschen wissen, dass ihr Handeln Konsequenzen hat und sie bei Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen werden, kann dies helfen, Straftaten zu vermeiden.“

Es geht nicht darum, Kinder und Jugendliche härter zu bestrafen, sondern sie frühzeitig für ihr Verhalten verantwortlich zu machen und ihnen zu zeigen, dass jede Entscheidung Konsequenzen hat.

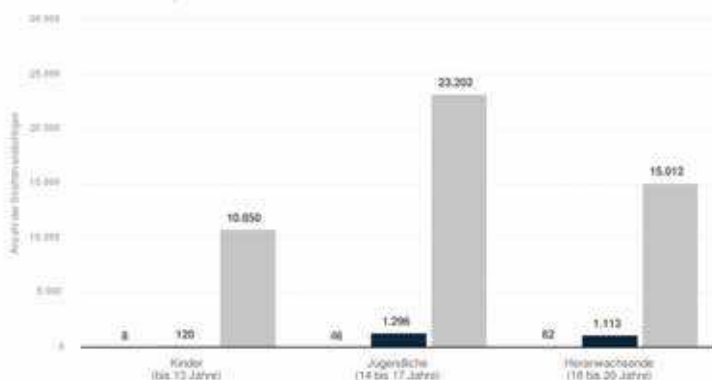
Präventive Maßnahmen und Konsequenzen im jungen Alter können langfristig zu weniger Kriminalität und zu einem stärkeren Verantwortungsbewusstsein in unserer Gesellschaft führen.“

Was ist eigentlich mit den Opfern?

Das derzeitige Strafmündigkeitsalter läuft Gefahr, die Opfer zu vergessen. Ein zwölfjähriges Kind, das eine schwere Tat begeht, kann die gleichen Schäden verursachen wie ein älterer Jugendlicher, doch die Rechtsfolgen sind völlig unterschiedlich. Soll das immer so bleiben? Die weiteren Referenten bejahten die bisherige Strafmündigkeit von 14 Jahren. Stellten aber fest, dass es außerhalb der Strafverfolgung eine wesentlich effizientere Präventionsarbeit geben muss. Alle Diskutanten halten es übereinstimmend für notwendig und dringend geboten, dass Hamburg endlich wieder eine geschlossene Unterbringung für Kinder und Jugendliche schaffen muss. Die Diskussion wird weitergehen.

© Deutsches Statistisches Bundesamt

Anzahl der strafatverdächtigen Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden bei ausgewählten Gewalttaten in Deutschland im Jahr 2023



Gewalttaten von Kindern im Jahr 2023: Im vergangenen Jahr sind Kinder tatverdächtig, acht Morde, 120 Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen sowie 10.850 gefährliche und schwere Körperverletzungen begangen zu haben.



© Frank Riebow

Immer mehr Aufgaben auf zu wenigen Schultern

Von **Stefan Bereuter**, Mitglied im Landeshauptvorstand, Beisitzer Region Eimsbüttel



© DPoIG Hamburg

Stefan Bereuter

Ein Problem, das sich fast täglich an wohl allen Dienststellen der Polizei Hamburg zeigt – Ausnahmen bestätigen die Regel. Die vielfach gelobte und medienwirksam beworbene Einstellungs offensive 300+ scheint ihre Ziele nicht erreicht zu haben. Der Antwort des Hamburger Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion vom 21. Mai dieses Jahres (Drucksache 22/15 236) ist zu entnehmen, dass die Polizeikommissariate in Hamburg im Durchschnitt eine personelle Unterdeckung von circa zehn Prozent vorweisen.

Wo also wären Lösungsansätze?

Die seit Langem von der **DPoIG Hamburg** geforderte Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die uniformierte Polizei stellt meines Erachtens ein geeignetes Mittel für eine erfolgreiche Personalgewinnung dar, zumal die Bewerbungen für den mittleren Polizeivollzugsdienst von 2024 im Vergleich zu 2021 um rund 31 Prozent zurückgegangen sind. Für die Kolleginnen und Kollegen in der Hamburger Polizei werden die körperlichen und psychischen Belastungen immer spürbarer, die Anerkennung des Geleisteten bleibt aber leider oftmals auf der Strecke. Die Gewährung von Zusatzurlaubs tagen nach langen Einsatzanlässen, wie der UEFA EURO 2024 oder den fast schon alltäglichen und in Teilen überdimensionierten AAH-Einsätzen, würde ein wirklich wertschätzendes Signal darstellen. Die angekündigte, zweistufige Erhöhung der Polizeizulage bis 2026 auf circa 180 Euro wiegt die durch den Polizeiberuf entstandenen Belastungen bei Weitem nicht auf. Nur wirklich deutliche Erhöhungen der Polizeizulage und der Zuschläge für besonders belastende Dienste sowie die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage können einer finanziellen Wertschätzung des Polizeiberufs gerecht werden. Selbstverständlich gehört ohne Wenn und

Aber der Grundsatz der amtsange messenen Alimentation zur Wertschätzung der Leistungsbereitschaft aller Landesbeamtinnen und -beamten dazu. Die Fremdnutzungen durch Abordnungen zum Gefangenentransport, in die Polizeieinsatzzentrale oder zur sogenannten Quattro-Streife zum Hauptbahnhof sowie die verbindlichen Kräftegestellungen von Objektschutzdiensten belasten die Ist-Stärken an den Polizeikommissariaten bis zur Machbarkeitsgrenze. Eine Entlastung könnte eine personell gut aufgestellte LBP 10/VS bieten, die aber ebenfalls durch fehlende geeignete Bewerberinnen und Bewerber für den Tarifbereich und mangelnde Attraktivität in der Erstverwendung an Personalmangel leidet. Eine Abhilfe könnten hier die Eingruppierung der Angestellten im Polizeidienst in die Entgeltgruppe 6 und die Wiedereinführung des 2006 abgeschafften Bewährungsaufstiegs schaffen. Der Wegfall von Einsatzanlässen wie die Begleitung von Schwerlasttransporten oder Großschiffen, Kleinstfeuer, Verkehrsbehinderungen oder die Bewachung der Liegenschaft Alsterdorf durch Kolleginnen und Kollegen der Landesbereitschaftspolizei (LBP) können im Rahmen einer neu gedachten Aufgabenkritik eine Entlastung aller Einsatzkräfte herbeiführen. Der Personalmangel in der Polizei Hamburg wird sich auch mit einer Zentralisierung von Einheiten, wie sie aktuell in der Region Eimsbüttel pilotiert wird, nicht in Wohlgefallen auflösen. Daher muss dem Dienstherrn umso mehr daran gelegen sein, die Kolleginnen und Kollegen mit der gebührenden Wertschätzung zu behandeln, die sie verdienen. Diese Wertschätzung zeigt sich eben nicht nur in wohlmeinenden Worten und E-Mail-Dankschreiben aus der Innenbehörde. Wertschätzung bemisst sich auch in Euro! Die **DPoIG Hamburg** wird sich, wie in der Vergangenheit auch, genau dafür einsetzen.



© Oliver Schinkmann

Wechsel an der Spitze des Personalrates

Großes Dankeschön an Klemens Burzlaff – alles Gute für Ronald Helmer

Der stellvertretende Landesvorsitzende der *Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG)*, Ronald Helmer, wurde zum neuen Vorsitzenden des Personalrates der Polizei Hamburg gewählt. Der bisherige Vorsitzende des Personalrates, Klemens Burzlaff, zugleich Erster stellvertretender Landesvorsitzender der *DPoIG*, scheidet aus dem Personalrat der Polizei aus.

Der 52-Jährige war seit 2017 Personalratsvorsitzender. Er folgte, wenige Wochen nach dem G20-Gipfel, in dieser Position auf unseren ehemaligen Landesvize Freddi Lohse, der dem Personalrat der Polizei seit dem Jahr 2000 vorstand. Klemens Burzlaff wurde 2002 in die Freistellung des Personalrates gewählt und war seitdem ununterbrochen für die Belange der Kolleginnen und Kollegen tätig. Während dieser Zeit und später als Personalratsvorsitzender wurde Klemens Burzlaff zu einer Institution innerhalb der Polizei Hamburg. Er wurde nicht zuletzt besonders für seine ruhige Art und die Verbundenheit mit den Kolleginnen und Kollegen der Basis geschätzt. Ihre Meinungen und berechtigten Forderungen waren für ihn die Richtschnur seines Handelns. Klemens führte den Personalrat der Polizei mit ruhiger, besonnener Hand und stellte immer die Sache in den Vordergrund. Angriffe gegen die Institution Personalrat stießen auf seinen entschiedenen Widerstand und genauso muss es sein. Hart in der Sache, verlässlich bei Verhandlungen und immer menschlich im Umgang.

Die *DPoIG Hamburg* hat allen Grund, sich bei Klemens Burzlaff für sein Engagement zu bedanken und wünscht ihm für seine neue Verwendung bei PÖA alles Gute! Danke Klemens!

Nachfolger ist jetzt das langjährige Personalratsmitglied Ronald „Ronny“ Helmer. Er ist bereits seit dem Jahr 2008 freigestelltes Mitglied im Personalrat und war dort unter anderem für die personalrätliche Betreuung

der Polizeikommissariate in der Region Eimsbüttel und ebenso für die Kolleginnen und Kollegen der Polizeikommissariate 16, 25 und 26 sowie für die vier Einsatzzüge der LBP 6 zuständig. Ronald begann 1986 seine Ausbildung an der damaligen Landespolizeischule (LPS) und versah danach an unterschiedlichen Polizeikommissariaten im Hamburger Stadtgebiet seinen Dienst. Nach seinem erfolgreichen Abschluss im Laufbahnabschnitt II war er auch als Dienstgruppenleiter tätig. Im Jahr 2016 wurde Ronny Helmer Vorsitzender des Fachbereiches Schutzpolizei der *DPoIG Hamburg* und seit 2020 ist er als stellvertretender Landesvorsitzender Mitglied im Landesvorstand. Seit dem Jahr 2023 ist er Beisitzer im Personalratsvorstand und wurde nunmehr zum Personalratsvorsitzenden der Polizei Hamburg gewählt.



Ronald Helmer

© Andreas Vallbracht



Klemens Burzlaff

© Daniel Bockwoldt

gewählt. Als die mit Abstand mitgliederstärkste Hamburger Polizeigewerkschaft hält die *DPoIG Hamburg*, mit 16 von 25 Sitzen, die absolute Mehrheit im Personalrat der Polizei Hamburg. Ronald wird seine langjährige personalrätliche und gewerkschaftliche Erfahrung nutzen, um auch in der Funktion als Personalratsvorsitzender für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen einzustehen – dafür wünschen wir ihm viel Glück und Erfolg.

Der Landesvorstand

Der Verkehrsvollzug am Abgrund

Von **Andreas Dubsky**, Mitglied im Landeshauptvorstand,
Beisitzer Verkehrsdirektion

Im Polizeispiegel Januar/Februar 2023 wurde ein Artikel mit dem Tenor „Die Verkehrsdirektion wächst“ veröffentlicht. Dieser schloss mit den Worten: „Diese Umstrukturierungen und die damit verbundenen Spezialisierungen innerhalb der VD sind ein guter Ansatz, um auf die aktuellen Geschehnisse und Veränderungen zu reagieren. Diese können allerdings nur dann umgesetzt werden, wenn man die geschaffenen Stellen auch mit Personal hinterlegt. Die am besten geplante Kampagne nützt nichts, wenn man sie nicht auf die Straße bekommt.“

Was ist seitdem passiert?

NICHTS! Die Verkehrsdirektion wurde in den letzten Personalverteilungen mehr als stiefmütterlich behandelt. Personalzuwachs? Weit gefehlt. Maximal wurden die Abgänge ausgeglichen. Der Verkehrsvollzug der Verkehrsdirektion ist mit 35 Prozent im Defizit – ein Drittel aller Stellen ist nicht besetzt. Im gleichen Atemzug haben wir dieses Jahr in Hamburg bereits 31 Verkehrstote zu beklagen. Damit ist die Stadt im Herbst schon über das Vorjahresniveau hinaus. Dabei kommt die zweite dunkle Jahreszeit erst noch.

Was macht die Dienststelle?

Sie strukturiert um. Allerdings vergisst man hierbei einen wichtigen Punkt: Stellen zu besetzen! Was nützen die tollsten Kampagnen und Umstrukturierungen, wenn sie nicht mit Personal unterfüttert werden? Trauriger Spitzenreiter in der Mangelverwaltung ist die Technische Verkehrsüberwachung der Verkehrsstaffel Innenstadt/West. Mit einer personellen Fehlquote von über 55 Prozent

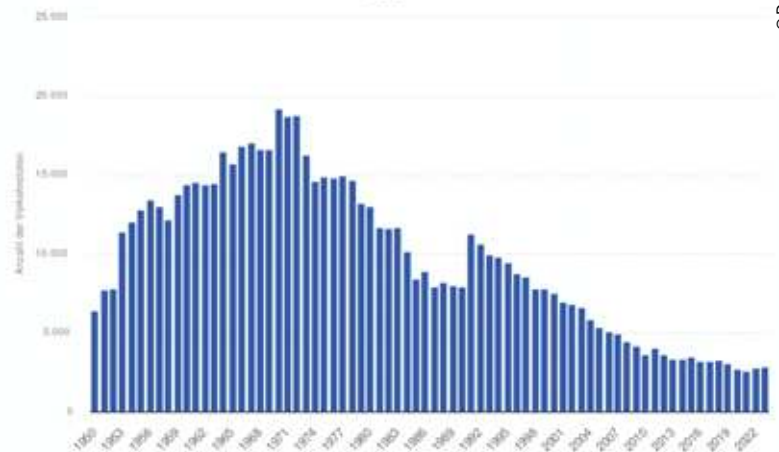


wortwörtlich allein auf weiter Flur. Dabei nehmen die Aufgaben der VD immer mehr zu. Neben Großereignissen wie Fußball-EM oder Nachhaltigkeitsgipfel kommen auch die obligatorischen Demos, Fußballspiele oder sonstige Großereignisse der Sport- und Eventstadt Hamburg hinzu. Dazu dann noch „Mobil, aber sicher“ und die Woche ist voll. Das alleinige Beschaffen und Betreiben von mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen sorgt nicht für Verkehrssicherheit allein. Das zusätzliche Durchführen von stationären und mobilen Verkehrskontrollen muss wieder in den Vordergrund gestellt werden. Dies geht überraschenderweise nur mit Personal! Die **DPolG Hamburg** fordert die Dienststelle auf, den seit Jahren vernachlässigten Verkehrsvollzug der Polizei Hamburg wieder personell zu stärken und in der zweitgrößten Stadt Deutschlands die Verkehrssicherheitsarbeit wieder voranzubringen.

Verkehrstote in Deutschland

Im Jahr 2023 waren in Deutschland 51 Verkehrstote weniger zu beklagen als im Jahr zuvor. So sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes insgesamt 2.839 Menschen im Straßenverkehr tödlich verunglückt. Insgesamt ist die Anzahl der bei Straßenverkehrsunfällen getöteten Verkehrsteilnehmer in den vergangenen 30 Jahren stark zurückgegangen. Die Fahrer beziehungsweise Mitfahrer von Pkw stellen die größte Gruppe der im Straßenverkehr tödlich Verunglückten dar. Das ist neben der Verkehrsdichte und vergleichsweise hohen Geschwindigkeit damit zu begründen, dass Pkw häufiger in Unfälle mit anderen Pkw verwickelt sind und sich oftmals mehr als eine Person an Bord des Fahrzeugs befindet.

Anzahl der Getöteten bei Straßenverkehrsunfällen in Deutschland von 1950 bis 2023



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutschland, © Destatis 2024

© Destatis

statista

ZF-Zusammenlegung in der Region Eimsbüttel

Mitte Oktober kamen in der Geschäftsstelle der **DPoIG Hamburg** Zivilfahnder (ZF) aus allen Regionen der Polizei Hamburg zusammen, um sich in einem Tagesseminar über die Zusammenlegung der ZF in der Region Eimsbüttel auszutauschen. Hierzu waren als Gäste André Martens, Stabsleiter der Schutzpolizei, sowie Kim Hilgert, Dienstgruppenleiter/ZF am Polizeikommissariat 23, eingeladen. Das Seminar wurde durch den Landesvorsitzenden der **DPoIG Hamburg**, Thomas Jungfer, eröffnet. Er begrüßte die Teilnehmer und führte kurz in die Thematik ein. Er betonte, dass das Seminar dazu diene, ein Stimmungsbild der Kolleginnen und Kollegen einzufangen und dabei in eine offene, aber konstruktive Diskussion zu kommen. Im Anschluss stellte Landesvize Ronald Helmer kurz das geplante Konzept und den historischen Werdegang vor. Es sollen alle Zivilfahnder der Region Eimsbüttel am PK 23 zusammengezogen und dauerhaft zentralisiert werden. Es folgte ein angeregter und lebhafter Diskurs zwischen den Teilnehmern über etwaige konzeptionelle Vor- und Nachteile. Es wurden viele Themen kritisch hinterfragt. Gleichzeitig wurde auch ein Vergleich zur jetzigen Arbeit gezogen und welche Veränderungen sich konkret ergeben könnten. Da zahlreiche Kollegen aus der betroffenen Region anwesend waren, konnten die Kolleginnen und Kollegen aus erster Hand den aktuellen Sachstand erfahren. Weitere Themen waren die Personalgewinnung im Bereich Zivilfahndung und die



© DPoIG Hamburg

Ausstattung mit Führungs- und Einsatzmitteln. Im zweiten Part des Seminartages erläuterte der Stabsleiter der Schutzpolizei, André Martens, den Hintergrund und die Intention der Leitung der Schutzpolizei für das Konzept der Zusammenlegung. Auch hier folgte im Anschluss eine rege Diskussion zwischen den Teilnehmern und André Martens, wobei keine Frage unbeantwortet blieb. Großes Augenmerk lag hierbei auch auf der Evaluation des Prozesses. Im Austausch mit André Martens wurde deutlich, dass das Konzept der Zusammenlegung nicht eins zu eins auf andere Regionen übertragbar ist. Um auch weiterhin einen breiten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen, wird die **DPoIG Hamburg** weitere Seminare im kommenden Jahr 2025 anbieten.

Fachbereich Schutzpolizei

Redaktionsseminar

Von Frank Riebow, Landesredakteur

Einmal jährlich treffen sich die für die Bundesausgabe und die Landesteile des „Polizeispiegel“ verantwortlichen Redakteure zu einem mehrtägigen Redaktionsseminar, um sich auszutauschen, zu diskutieren und Ideen aufzunehmen. Ziel ist es dabei, den „Polizeispiegel“, die Mitgliederzeitschrift der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)**, als wichtiges Sprachrohr und Bindeglied zu unseren Mitgliedern und Lesern noch attraktiver und interessanter zu gestalten. Diesmal ging es nach Kleve/NRW, um nach einigen Jahren wieder einmal die Druckerei L.N. Schaffrath, die Layouter und das Korrektorat des „Polizeispiegel“ in Geldern besuchen zu können. Wie werden komplizierte Sachverhalte für die Leser verständlich aufbereitet? Wie platziert man Artikel und Fotos? Wie wichtig sind das Presse- und Urheberrecht? Mit diesen und weiteren Fragen des journalistischen Handwerks beschäftigten sich die Landesredakteure bei ihrem diesjährigen Seminar. Hilfreich ist hier oft ein Blick von außen, und so gab es auch diesmal zahlreiche Tipps und Anregungen von Medienprofis. Selbstverständlich ließ es sich auch unser Bundesvorsitzender Rainer Wendt nicht nehmen, die Redakteure willkommen zu heißen. Rainer Wendt betonte die Bedeutung unserer Mitgliederzeitschrift und bedankte sich für das ehrenamtliche Engagement der Redakteure.



© Frank Riebow

Gedruckt und bereit zum Versand – die November-Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift „Polizeispiegel“.



PK 43: Endlich mehr Platz

Von Dietmar Tackmann, Mitglied im Landeshauptvorstand,
Beisitzer Region Bergedorf

Das Polizeikommissariat 43 (PK 43) am Ludwig-Rosenberg-Ring/ Ecke Sander Damm wurde umfassend modernisiert und erweitert. Das Dienstgebäude bietet nun auf 4.648 Quadratmetern mehr Raum, eine verbesserte Funktionalität und modernste Arbeitsplätze, die höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Der markante Altbau aus den 1980er-Jahren wurde durch einen fünfgeschossigen Neubau ergänzt. Im Zuge der Sanierung wurde das gläserne Staffelgeschoss im Bestandsgebäude, das auch eine Feuerwache beherbergt, zurückgebaut. Der neue abgerundete Baukörper aus Stahlbeton ist ein architektonisches Highlight und fügt sich harmonisch in das bestehende Bergedorfer Stadtbild ein.

Moderne Arbeitsumgebung und Open-Space-Konzept

Das PK 43 zählt zu den ersten Polizeikommissariaten in Hamburg, die ein Open-Space-Bürokonzept eingeführt haben. Die innovative Beleuchtung mit Tageslicht simulierenden Leuchten verbessert die Arbeitsbedingungen spürbar – insbesondere bei Nachtschichten. Die offene Bürogestaltung in Kombination mit speziellen Funktionsbereichen wie Umkleide- und Fitnessräumen entspricht den Anforderungen eines modernen Polizeidienstes. Besonders robuste Fensterfronten schützen nicht nur vor Vandalismus, sondern bieten auch einen effektiven Lärmschutz.

Nachhaltigkeit im Fokus

Der Neubau setzt auf Nachhaltigkeit: Eine begrünte Dachfläche von 1.000 Quadratmetern trägt zur Verbesserung des Stadtklimas bei. Eine moderne Solarthermieanlage unterstützt die Energieversorgung. Für die Fassade wurde recyceltes Aluminium mit einem Anteil von 77 Prozent verwendet. Zudem wurde beim Rückbau des Altbestands auf eine sorgfältige Wiederverwendung der Bauteile geachtet, sodass alle noch nutzbaren Materialien integriert wurden.

Erfolgreicher Einzug und positive Resonanz

Über 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schutz- und Kriminalpolizei haben sich inzwischen gut eingelebt und freuen sich, wieder gemeinsam unter einem Dach arbeiten zu können. Zuvor waren einige Abteilungen ausgelagert. Trotz der umfangreichen Umzüge und Bauphasen gab es nur wenige Mängel, was besonders positiv hervorgehoben ist. Auch die termingerechte Umsetzung der einzelnen Bauphasen war erfreulich. Ein besonderer Dank gilt den



Kolleginnen und Kollegen und engagierten Helfern, die bei den Umzügen, den Bauphasen bis hin zur Ausstattung des Gebäudes tatkräftig unterstützt haben. Die **DPoIG Hamburg** freut sich mit unseren Bergedorfer Kolleginnen und Kollegen über ein zeitgemäßes Dienstgebäude und bedankt sich bei allen beteiligten Dienststellen für die sehr gelungene Umsetzung.



© DPoIG Hamburg

Bildungspolitische Fahrt nach Berlin

Von Christoph Sietz, JUNGE POLIZEI

Vor wenigen Wochen reisten politisch interessierte Mitglieder der **DPoIG Hamburg** auf Einladung des Bundespresseamts und der Bundestagsabgeordneten Ria Schröder (FDP) nach Berlin. Der Tag startete früh am Hamburger Hauptbahnhof, und dann ging es mit einem ICE in die Bundeshauptstadt, um dann in Berlin ein informatives und mit vielen historischen und zeitgeschichtlichen Bezügen gespicktes Programm zu absolvieren. Die erste Station war die Gedenkstätte „Berliner Mauer“ an der Bernauer Straße. Hier konnten die Teilnehmer die komplexen Verhältnisse der Teilung Berlins während des Kalten Krieges nachfühlen. Der Besuch vermittelte eindrücklich Einblicke in die Lebensrealitäten der damaligen Zeit und der geteilten Stadt. Der anschließende Besuch des Stasi-Museums und des Unterlagenarchivs offenbarten nicht nur die Mechanismen der Überwachung und Kontrolle, sondern sorgte auch für gemischte Gefühle unter den Teilnehmern. Dieses Erlebnis regte zu vertieften Diskussionen an. Ein weiterer Höhepunkt des ersten Tages war der Besuch einer Plenarsitzung im Deutschen Bundestag, wo aktuelle Themen wie Stadtentwicklung und Migrationspolitik behandelt wurden. Der direkte Austausch mit MdB Ria Schröder in einer anschließenden Diskussionsrunde bot dann die Möglichkeit, Anliegen und Fragen einzubringen. Der Tag fand seinen krönenden Abschluss bei einem Besuch der Reichstagskuppel und einem Blick über das abendliche Berlin. Der zweite Tag begann mit einem Besuch des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hier erhielten wir wertvolle Einblicke in die Arbeitsweise des Amtes und hatten hierbei die Gelegenheit, Fragen



© Stiftung Berliner Mauer

zu stellen. Im Anschluss führte uns eine Stadtrundfahrt zu den markanten Punkten des Regierungsviertels und anderen Sehenswürdigkeiten, bevor der ehemalige Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße besucht wurde. Der Gang durch die einstige Passkontrolle hinterließ bei vielen ein nachdenkliches Gefühl und war zugleich eine besondere Zeitreise. Ein weiterer Programmpunkt war der Besuch des Humboldt Forums, hier konnten wir den einzig erhaltenen Teil des Berliner Schlosses bestaunen. Abschließend begaben wir uns zum Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Dort besichtigten wir unter anderem eine originale Zwangsarbeiter-Baracke aus dem Jahr 1943. Ein eindringliches Erlebnis, das die Bedeutung der Aufarbeitung dieser dunklen Vergangenheit verdeutlichte. Am späten Abend kehrten wir mit zahlreichen Eindrücken nach Hamburg zurück. Insgesamt nahmen 24 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Fachbereichen der **DPoIG Hamburg** an dieser Bildungsreise teil, darunter auch unser Landesvorsitzender Thomas Jungfer und Personalratsvorsitzender Klemens Burzlaff. Wir danken allen Teilnehmern für den regen Austausch und die wertvollen Gespräche vor Ort. Solche bildungspolitischen Fahrten bieten eine hervorragende Gelegenheit, Politik und Geschichte hautnah zu erleben und das eigene Wissen und Verständnis zu vertiefen. Die **DPoIG Hamburg** ist überzeugt, dass solche Erfahrungen unsere Mitglieder bereichern und zur politischen Bildung beitragen.



© Pixabay



Erfolgreiche Ruhestandsseminare

© DPoIG Hamburg (2)



Auch im September und Oktober hat die **DPoIG Hamburg** interessierte Mitglieder eingeladen, die in naher Zukunft ihren aktiven Polizeivollzugsdienst beenden und in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Die Idee, ein Tagesseminar zu veranstalten, um zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen wichtige Fragen zur bevorstehenden Pensionierung zu besprechen sowie Hinweise und Anregungen für die Zeit „danach“ zu geben, hat sich als voller Erfolg erwiesen. Beihilfe, private Krankenversicherung, Steuern, Nebentätigkeiten und Hinzuverdienst, Notfallordner, Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung sind nur einige Stichworte. Allein die notwendigen und wichtigen Erläuterungen zum Systemwechsel von der Heilfürsorge zur privaten Krankenversicherung und Beihilfe sind anspruchsvoll. Ein herzliches Dankeschön geht an den Seniorenbeauftragten der **DPoIG Hamburg**, Fredi Lohse, an Wolfgang Laudon, den stellvertretenden Landesvorsitzenden Andreas Reimer sowie an unsere Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle für die Vorbereitung und Durchführung der Seminare. Das nächste Ruhestandsseminar findet am Donnerstag, 30. Januar 2025, von 9 bis circa 16 Uhr in der **DPoIG-Geschäftsstelle**, Holzdammm 18 statt. Bitte meldet euch bevorzugt per E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de oder telefonisch in der Geschäftsstelle unter Tel.: 040.2540260 an.



Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats

3sat

Meine Damen und Herren, Politik bedeutet, und davon sollte man ausgehen, das ist doch - ohne drumherum zu reden - in Anbetracht der Situation, in der wir uns befinden. [...] Letzten Endes, wer wollte das bestreiten! Ich danke Ihnen.

AUS DIE BUNDESTAGSREDE von Lorient

2.637 30 86

IMPRESSUM

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26, 22335 Hamburg
Tel.: 040.482800
Fax: 040.25402610
Mobil 0175.3644284
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Holzdammm 18, 20099 Hamburg
Tel.: 040.254026-0
Fax: 040.254026-10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr, Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: Frank Riebow, Oliver Schinkmann, DPoIG Hamburg

ISSN 0723-2230



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser des **Polizeispiegels**,
der Landesvorstand der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)**
und die Redaktion **Polizeispiegel**
wünschen euch/Ihnen
ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest
und einen guten Rutsch
in ein erfolgreiches neues Jahr 2025.

Thomas Jungfer, Landesvorsitzender
Frank Riebow, Landesredakteur



© Pixabay

Frohe Weihnachten